

12.Ratsperiode 2016-2021 Lauenbrück, den 09.12.2019

Niederschrift über die 5. Sitzung des Finanzausschusses am 28.11.2019 im Ratssaal, Berliner Straße 3, 27389 Lauenbrück.

<u>Beginn:</u> 19:00 Uhr <u>Ende:</u> 20:40 Uhr

Anwesend:

<u>Vorsitzender</u>

Herr Ulrich Brunkhorst

Samtgemeindebürgermeister

Herr Tobias Krüger

<u>Ratsmitglieder</u>

Herr Rüdiger Bruns

Herr Steffen Florin

Herr Jochen Intelmann

Herr Bernd Mahnken

Herr Hans-Jürgen Schnellrieder

Herr Reinhard Trau

Beratende Mitglieder

Herr Reinhard Born

Herr Dr. Arne Homfeldt

Herr Boris Meyer

Frau Gabriele Kuban-Schnellrieder

Von der Verwaltung

Herr Friedhelm Indorf

Herr Sven Maier

Frau Maren Schleeßelmann

Protokollführerin

Frau Kim Holsten

Abwesend:

Beratende Mitglieder

Frau Marina Schabbel

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Philine Homfeldt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 06.12.2018
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Antrag 005/2019: Bündnis 90/Die Grünen Umbuchung und Neuregelung der Unterstützung des Freibades Fintel

Vorlage: 066/2019/1

- 1. Nachtragshaushalt 2019 mit 1. Nachtragshaushaltsplan 2019 Vorlage: 099/2019
- 6 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2020 und Stellenplan 2020 Vorlage: 091/2019
- 7 Mitteilungen des Samtgemeindebürgermeisters
- 8 Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder
- 9 Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Brunkhorst eröffnet die Sitzung um 19:01 Uhr. Er begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird bestätigt.

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 06.12.2018

Die Niederschrift über die Sitzung am 06.12.2018 wird einstimmig genehmigt.

TOP 3: Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 4: Antrag 005/2019: Bündnis 90/Die Grünen

Umbuchung und Neuregelung der Unterstützung des Freibades Fintel

Vorlage: 066/2019/1

Herr Warnecke von der Kreiszeitung betritt den Sitzungsraum um 19:04 Uhr.

Ausschussmitglied H.-J. Schnellrieder erläutert seinen Antrag unter Bezugnahme auf die letzte Sitzung des Finanzausschusses. Er betont seinen Wunsch, die lfd. Kosten des Freibades komplett und korrekt im Haushalt darzustellen.

SGB Krüger erklärt, wie mit dem Zuschuss in den letzten Jahren verfahren worden sei. Manche Werte ließen sich nicht genau ermitteln. Die gewünschte Änderung würde lediglich ein Verschieben im Haushaltsplan bedeuten und hätte zur Folge, dass der Haushalt der Gemeinde Fintel stärker belastet wäre.

Ausschussmitglied Bruns erkundigt sich, wie die Verwaltung den Punkten 2c-e) aus dem Antrag nachkommen wolle und wie genauere Werte ermittelt werden könnten. SGB Krüger berichtet von einer allgemeingültigen Formel, mit derer die Verdunstungsmenge ermittelt werden könne. Für das Jahr 2018 wären anhand der Formel rd. 4.700m³ statt weniger als 1.000m³ abzurechnen. Der Zuschussbedarf des Freibades würde dann um den ermittelten Wert höher ausfallen.

Andere Ausschussmitglieder sehen in der Änderung keinen Mehrwert, aber zusätzlichen Arbeitsaufwand.

SGB Krüger schlägt vor, die gewünschte Ausweisung und Berechnung ab dem Haushaltsjahr 2021 darzustellen.

Daraufhin zieht Ausschussmitglied H.-J. Schnellrieder seinen Antrag zurück.

Der Finanzausschuss beschließt mehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung,

die realen Kosten (auf Basis der o.g. Formel errechnet) im Haushaltsplan ab dem Jahr 2021 aufzunehmen und den Zuschuss für das Freibad ggf. anzupassen.

TOP 5: 1. Nachtragshaushalt 2019 mit 1. Nachtragshaushaltsplan 2019 Vorlage: 099/2019

AV Indorf gibt einen Überblick über den vorliegenden Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung und des 1. Nachtragshaushaltsplans 2019. Er weist dabei auf die Projekte hin, die im Laufe dieses Jahres nicht abgeschlossen werden konnten oder in das nächste Jahr geschoben werden müssen. Aus diesem Grund sei die Verpflichtungsermächtigung mit einer Summe in Höhe von 2.430.000€ in den Nachtrag aufgenommen. Die Änderungen hätten zudem Auswirkungen auf den Haushaltsentwurf 2020.

Ausschussmitglied Trau hält fest, dass der Nachtragshaushalt lediglich eine Anpassung an die aktuellen Tatsachen sei.

Ausschussmitglied H.-J. Schnellrieder berichtet, dass die Anschaffung eines Fahrkartendruckers (im Wert von rd. 6.000€) für den BürgerBus Verein kurzfristig nötig sei. Er bittet um Berücksichtigung der Kosten. Eine Hälfte würde bereits in diesem Jahr zu tragen sein und die zweite Hälfte im Januar des nächsten Jahres. Die Ausschussmitglieder diskutieren diesen Posten und wollen ihn im Nachtragshaushalt und auch im Plan für 2020 berücksichtigen.

Ausschussmitglied Bruns stellt fest, dass die außerordentlichen Erträge bei der Summe von 70.000€ geblieben und nicht angepasst worden seien. Dazu erklärt AV Indorf, dass die Erträge durch die deutlich gestiegenen Erschließungskosten im Bereich Heidhorn II geringer ausfallen würden. Daher könnten die Erträge noch nicht abschließend ermittelt werden.

Des Weiteren, zählt Ausschussmitglied Bruns auf, müsse die Summe "Veräußerung von Sachvermögen" in der Finanzplanung für 2020 auf "0" gesetzt werden. AV Indorf bestätigt die Aussage.

Der Finanzausschuss schlägt einstimmig vor,

die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2019 mit dem 1. Nachtragshaushaltsplan 2019 (Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt, Investitionsprogramm und geänderter Stellenplan) in der vorliegenden Fassung mit den beiden o.g. Änderungen zu erlassen.

TOP 6: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2020 und Stellenplan 2020 Vorlage: 091/2019

AV Indorf gibt einen Überblick über den Haushalt 2020. Die Gegenüberstellung der Aufwendungen und Erträge würde trotz Anpassung der Samtgemeindeumlage ein Defizit von 274.800€ aufweisen.

Zu den Aufwendungen erläutert AV Indorf, dass die Personalkosten rd. 48% der gesamten Aufwendungen ausmachen würden. Berücksichtigt seien die Personalkosten von 91,1 Vollzeitstellen, zwei Beamtenstellen, zwei Stellen für Auszubildende und 14

Stellen im Bundesfreiwilligendienst. Besonders hoch falle der Personalkostenanteil in den KiTas mit 52,5% aus.

Des Weiteren berichtet er zu den Sach- und Dienstleistungen der KiTas und Schulen, der Kreisschulbaukasse, dem ÖPNV, dem Breitbandausbau und zu den Abschreibungen.

Die Erträge ließen sich u.a. aufgliedern in die Schlüsselzuweisungen (25,6%-Anteil), die Samtgemeindeumlage (33,8%-Anteil), verschiedene Zuwendungen des Landes und des Landkreises (16,6%-Anteil), die Benutzungs- und Verwaltungsgebühren (15,6%-Anteil) und die Auflösungserträge aus Sonderposten (6,1%-Anteil).

Das Jahr 2020 enthalte Rekordinvestitionen in Höhe von 5,2 Mio. €, bei 4 Mio. € Kreditaufnahme. Bis zum Jahr 2022 erwarte AV Indorf weiterhin eine Entwicklung mit sehr hohem Investitionsvolumen und hoher Kreditaufnahmen. Eine Änderung werde nach seiner Berechnung erst im Jahr 2023 eintreten. Noch nicht berücksichtigt seien die Erschließungskosten neuer Baugebiete.

Die pro-Kopf-Verschuldung werde Ende 2020 bei knapp 1.300€ liegen.

Die Ausschussmitglieder tauschen sich zu den Punkten Grundstücksverkäufe, zukünftige Projekte und Zinspolitik aus. Gezielt stellen die Ausschussmitglieder Fragen zu einzelnen Seiten der Teilhaushalte, den Rücklagen und den Fachausschuss-Sitzungen der letzten Wochen. AV Indorf berichtet, dass im Schulausschuss eine Anpassung um 100% (auf 10.000€) im Bereich IT-Betreuung empfohlen wurde. AV Indorf spreche sich dagegen aus, da noch nicht klar sei, ab wann der Digital-Pakt starte und innerhalb des Deckungskreises eine Abdeckung von Mehrkosten möglich sei.

Herr Warnecke von der Kreiszeitung verlässt die Sitzung um 20:15 Uhr.

Ausschussmitglied H.-J. Schnellrieder schlägt vor, zur Verbesserung der Raumakustik im Ratssaal Mittel in den Haushalt aufzunehmen. SGB Krüger erklärt dazu, dass der Ratssaal zurzeit aufgewertet werde, in dem die Projektionsfläche erneuert bzw. eine zweite Fläche an der gegenüberliegenden Seite eingerichtet werde. Der Verbesserung der Akustik sei durch die baulichen Gegebenheiten enge Grenze gesetzt. Der Großteil der Decken- und Wandflächen sei bereits mit Akustikplatten belegt. Die Verwaltung werde nochmals weitere Möglichkeiten prüfen.

Weiterhin regt Ausschussmitglied H.-J. Schnellrieder an, den Stellenanteil für die/den Klimaschutzbeauftragte/n von 75% auf 100% hoch zu setzen. Dazu erläutert SGB Krüger, dass die Eintragung der 75%-Stelle bewusst so gewählt worden sei. Die Stellenausschreibung solle in 2020 möglichst offen vorgenommen werden, um im Vorstellungsgespräch flexibel entscheiden zu können. Je nach Bewerberlage könne dann eine Stelle eingerichtet werden. Die abschließende Entscheidung über den Stundenumfang solle im Zusammenhang mit der Besetzung erfolgen. Er habe bereits bei anderen Kommunen vorgefühlt, ob er Partner finden könne für eine gemeinsame Einstellung (bei zwei Kommunen). Leider hätte er dazu bisher noch keine positiven Rückmeldungen erhalten.

Zusätzlich spricht Ausschussmitglied H.-J. Schnellrieder die Höhe des Investitionszuschusses für die Bürgerbus-Beschaffung an. Die Erfahrungen aus den umliegenden Kommunen habe gezeigt, dass für Neuanschaffungen die Summe von 100.000€ realistischer sei. SGB Krüger berichtet, dass der Ansatz für den Investitionskostenzuschuss der Samtgemeinde auf den bisherigen Finanzierungsplänen beruhe. Ausschussmitglied Trau ergänzt, dass der Anreiz gegeben sein müsse, mit diesem Wert

auszukommen. Andernfalls müssten Mehrkosten evtl. über einen Nachtragshaushalt bereitgestellt werden.

Ausschussvorsitzender Brunkhorst erkundigt sich nach der Ausgabe für den Bürgerbus Fahrkartendrucker: Die Kosten würden sich, nachdem sie im Nachtragshaushalt 2019 Berücksichtigung finden sollen, auch im Haushalt 2020 widerspiegeln müssen. Dazu erklärt SGB Krüger, dass er innerhalb weniger Tage eine Rückmeldung vom Landkreis erwarte, ob ein Zuschuss zum Fahrkartendrucker gewährt würde, der dann wiederum die Kosten für die Samtgemeinde decken könnte. Sollte das bis zur Ratssitzung nicht geklärt sein, sollte die Summe vorbehaltlich auch für 2020 in den Haushalt aufgenommen werden.

AV Indorf erklärt, dass die Seite 6 ausgetauscht wurde, da sich die Verpflichtungsermächtigung geändert habe. Die Summe in Höhe von 3,9 Mio. € sei nun auf die Jahre 2021 und 2022 aufgeteilt, aber in der Gesamthöhe unverändert.

Ausschussmitglied H.-J. Schnellrieder erkundigt sich, wie es mit dem 10-Jahres-Investitionsplan aussehe. Dazu berichtet SGB Krüger, dass sich an dem letzten Entwurf 2019 nicht viel verändert habe. Für die am 12.12.2019 angesetzte Ratssitzung solle eine Fortschreibung zur Verfügung gestellt werden. Er plane im Laufe des Jahres 2020 unterjährig, (voraussichtlich halbjährliche) Finanzberichte über die Entwicklung der Haushalts- und Finanzlage bereitzustellen.

Ausschussvorsitzender Brunkhorst bedankt sich bei der Verwaltung für den Haushaltsentwurf und besonders bei AV Indorf für die Ausführung und Erläuterung.

Der Finanzausschuss schlägt einstimmig vor,

den Haushaltsplan mit dem Ergebnis- und Finanzhaushaltsplan, dem Investitionsprogramm 2020, dem Stellenplan 2020 sowie der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 in der zum beratenden Zeitpunkt vorliegenden Fassung mit den o.g. Änderungen zu erlassen.

TOP 7: Mitteilungen des Samtgemeindebürgermeisters

a) Sachstand Umsatzsteuerpflicht für Kommunen ab 2021

VA Schleeßelmann berichtet, dass die Bestandsaufnahme der Erträge anhand des Referenzjahres 2018 bis auf die Gemeinde Fintel abgeschlossen sei und nun die finale Prüfung der umsatzsteuerpflichtigen Erträge erfolge. Die Tabellen und entsprechenden Prüfungsunterlagen würden in einer Teilakte zusammengestellt. Die entsprechenden Emails würden noch im November versendet werden. Zudem müssten alle Verträge aufgelistet und geprüft werden. Auch hierzu sei ein Tabellenblatt vorbereitet. Spätestens bis zum nächsten Haushalt 2021 müssten die Zahlen vorliegen und die Prüfung abgeschlossen sein. Faktisch also bereits im Frühjahr des Jahres 2020. Eine termingerechte Zuarbeit der Gemeinden sei unabdinglich.

AV Indorf ergänzt, dass sich die kommenden Haushaltsplanungen aufgrund der Umsatzsteuerpflicht gravierend ändern würden. Die Erträge müssten jährlich auf Umsatzsteuerpflicht geprüft, Produktkonten müssten eingerichtet und das Kontrollsystem müsse jährlich fortgeführt werden.

Die kleineren Mitgliedsgemeinden würden wahrscheinlich vom Volumen her unterhalb der Mindestgrenze bleiben, so dass es bei der Vorarbeit, der Überprüfung, bleiben könnte.

Ausschussvorsitzender Brunkhorst betont, dass die Mitgliedsgemeinden mitgenommen werden müssten und rechtzeitig Informationen bräuchten.

b) Sachstand Eröffnungsbilanz 2012 und Jahresabschlüsse 2012-2018

AV Indorf erklärt, dass die Eröffnungsbilanz in der ersten Dezemberwoche dem Rechnungsprüfungsamt final zugehen werde. Der Vermögensvortrag sei eingebucht und die Dokumentation fast beendet.

Für die Genehmigung des Haushaltes 2020 der Samtgemeinde Fintel und zur Prüfung fordere die Kommunalaufsicht eine Saldenliste der vorläufigen Ergebnis- und Finanzrechnung 2012 und eine Auflistung der Investitionen an.

AV Indorf habe Hoffnung, in der Ratssitzung am 12.12.2019 einen abschließenden Bericht geben zu können. Ab Januar 2020 werde die Verwaltung mit den Arbeiten für die Jahresabschlüsse 2012-2018 beginnen.

TOP 8: Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

a) Einwohnerzahlen im Haushaltsplan S. 46, 47

Ausschussmitglied Bruns erkundigt sich, warum die Einwohnerzahlen, die auf den o.g. Seiten genannt werden, nicht übereinstimmen und bereits in den Plänen der vorherigen Jahre ebenfalls nicht übereinstimmten.

AV Indorf erklärt dazu, dass die Zahlen auf der Seite 46 (und auch auf S. 45) die vom Landkreis gemeldeten Einwohnerzahlen (offizielle Einwohnerzahlen) seien, während auf der S. 47 die Einwohnerzahlen aus dem SG-Meldeamt (inoffizielle Einwohnerzahlen) zugrunde gelegt worden seien. An der Differenz sei nichts zu ändern.

b) Sachstand Erwerb der Finteler KiTa

Ausschussmitglied H.-J. Schnellrieder erkundigt sich nach dem Sachstand. SGB Krüger erklärt, dass der Beschluss des Gemeinderates Fintel abgewartet werden müsse. In der Sitzung des Samtgemeindeausschusses am 11.12.2019 und der Sitzung des Samtgemeinderates am 12.12.2019 werde das Thema auf der Tagesordnung stehen.

Ausschussmitglied Florin äußert seine Bedenken, dass die Gemeinde Fintel dem Vertragsentwurf zustimmen werde.

TOP 9: Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Mit Dank für die Mitarbeit schließt Ausschussvorsitzender Brunkhorst die Sitzung um 20:40 Uhr.

gez. Holsten Protokollführerin gez. Krüger Samtgemeindebürgermeister